



Rückkehr zur alten Abgabepolitik verhindern!

Thüringen (Fraktion Die Linke THL) - „Jetzt entpuppt sich die Kehrtwende der Ex-Landesregierung in Sachen Wasser-Abwasser-Politik als das, was sie war: ein durchschaubares Wahlmanöver mit geringer Halbwertszeit. CDU und SPD müssen sich fragen lassen, was ihnen das Vertrauen der Bürger wert ist, die auf Wahlversprechen und die zugesagte Entlastung gesetzt haben“, sagt Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Es sei keinesfalls hinnehmbar, dass die Landesregierung nun die Wasser- und Abwasser-Finanzhilfen kippen will. „Damit riskiert sie weitere zusätzliche Belastungen für Bürgerinnen und Bürger“, so Ramelow weiter. Es sei nicht einmal ausgeschlossen, dass die 2005 abgeschafften Wasserbeiträge durch die Hintertür wieder eingeführt werden.

„Das Vorhaben der Landesregierung stellt einen derartigen Vertrauensbruch dar, dass parlamentarische Konsequenzen zwingend sind“, kündigt Ramelow an. Die LINKE verlangt im nächsten Innenausschuss, der am 1. Juli tagt, von der Landesregierung eine Offenlegung ihrer Pläne. In der Juli-Landtagssitzung wird die Linksfraktion dem Landtag vorschlagen, eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen zu verabschieden, um geschlossen diesen skandalösen Plan zurückzuweisen.

„Die Rolle rückwärts der Landesregierung belegt einmal mehr, wie notwendig es ist, das unsägliche Problem der Wasser- und Abwasserbeiträge endgültig zu lösen“, konstatiert der Fraktionschef der LINKEN. Weil CDU und SPD eine dauerhafte Lösung blockierten, sei das angekündigte Volksbegehren der Bürgerallianz zur Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge nur folgerichtig. Das Volksbegehren startet morgen im Rahmen des Tages der offenen Tür des Thüringer Landtags. Da die Landtagspräsidentin den Organisatoren ein Sammlungsverbot erteilt hat, wird die LINKE ihre Fraktionsräume zur Verfügung stellen.

24.06.2011